

Der Briefetal-Bote erscheint  
Freitag, Donnerstag, Sonn-  
abend und Sonntag. Der  
Bezugspreis beträgt monat-  
lich 1,20 RM, zuzüglich Bestell-  
gebühr. Die einzelne Nummer  
kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der  
Geschäftsstelle Birkenwerder,  
Bahnhof-Allee 5 und von  
allen Anzeigen-Expeditionen  
angenommen. Die neugepal-  
tene Beilage kostet 25 Pfen-  
ning, die Reflektanz 1 RM.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen  
Neuendorf, Borgsdorf,  
Briese, Lehnitz, Stolpe  
Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005



für Bergfelde, Schönfließ,  
Frohnau, Summt  
und Umgegend  
Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.

**Der Amtsvorsteher Birkenwerder.**  
Ein Hund als entlaufen gemeldet.  
Birkenwerder, den 5. Mai 1933.  
Der Amtsvorsteher als Disziplinarbehörde. Blank.

**Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.**  
Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat  
Mai d. Js. bzw. für das Vierteljahr April/Juni 1933, die Ge-  
werbesteuererhöhungen vom Ertrage und vom Kapital für  
das Vierteljahr April/Juni 1933 sowie die Gemeinde- und Kreis-  
handsteuer für die Zeit vom 1. April bis 30. September d. Js.  
sind nach den gesetzlichen Bestimmungen bis zum 15. d. Ms. in  
der hiesigen Gemeindekasse zu zahlen.  
Birkenwerder, den 5. Mai 1933.

**Der Gemeindevorsteher Borgsdorf.**  
Die Grundvermögens- und Hauszinssteuern für den Monat  
Mai d. Js. sowie alle restlichen Ausgaben sind bis zum  
15. Mai 1933  
an die hiesige Gemeindekasse zu entrichten.  
Bei verspäteter Zahlung gelangen von dem auf die Fälligkeit  
folgenden Tage ab die gesetzlichen Verzugszuschläge zur Erhebung.  
Borgsdorf, den 5. Mai 1933.  
Der Gemeindevorsteher. Seejeldt.

### Arbeit und Brot

**Die Vorbereitungen für den Kongress der deutschen  
Arbeitsfront.**  
Berlin, 5. Mai.  
Die Arbeiten zur Eingliederung der deutschen Arbeit-  
ter- und Angehelligengewerkschaften in den neuen Staats-  
aufbau sind soweit vorgeschritten, daß bereits für die kom-  
mende Woche mit dem Zusammentritt des Kongresses der  
deutschen Arbeitsfront zu rechnen ist. Schon am Mittwoch,  
den 10. Mai werden im Plenarsaal des Reichstages  
die Vertreter der in dem Sinne der deutschen Revo-  
lution geeinten Gewerkschaften zusammenkommen, um hier  
vor aller Öffentlichkeit die Einigung der deutschen Arbeit-  
nehmerfront zu dokumentieren.  
Das Kapitel marxistischer Arbeiterverhöhnung mit den  
entsetzlichen Folgen für die deutschen Arbeiter und Ange-  
hörigen wird damit abgeschlossen und ein neues eröffnet  
unter dem Motto: „Arbeit und Brot!“

**Braunschweig ehrt Hitler und Klages**  
Braunschweig, 5. Mai.  
Die Braunschweiger Stadtverordnetenversammlung be-  
schloß einstimmig, den Reichszugler Adolf Hitler und den  
braunschweigischen Innenminister Klages das Ehrenbür-  
gerrecht der Stadt Braunschweig zu verliehen.

**Uniformverbot für die NSDAP in Oesterreich**  
Wien, 5. Mai.  
Der Ministerrat in Wien hat eine Verordnung des  
Bundeskanzlers genehmigt, die das öffentliche Tragen von  
Uniformen, durch die eine politische Einstellung zum Aus-  
druck gebracht wird, verbietet. Zuwiderhandlungen wer-  
den bestraft. Das Verbot gilt nicht für Verbände und  
Organisationen der Regierungsparteien, gilt also in der  
Hauptsache den Formationen der NSDAP.

**Paul-Boncour vor dem Senat**  
Wichtige Behauptungen des französischen Außenministers.  
Paris, 5. Mai.  
Bei der Etatsdebatte im französischen Senat be-  
deutete der Generalberichterstatter unter Hinweis auf  
Deutschland und Italien eine Reform der französischen Pro-  
paganda als notwendig. Der elassische Senator Ecard trug  
als Gruelmärchen vor, mußte aber immerhin eingestehen,  
daß der Kampf der Regierung Hitler gegen den Kommunis-  
mus eine politische Leistung ist. Außenminister Paul-  
Boncour gab der Ansicht Ausdruck, daß Frankreich und  
Italien nichts Grundfälliges trenne.

Wenn Paul-Boncour weiter ausführte: „Frankreich habe  
in Genf durchgesetzt, daß die farnierete deutsche Schutzpolizei  
als militärische Macht anerkannt werde“, und dann den  
Vertrag machte, diese Feststellungen dazu zu benutzen, um die  
derzeitige Organisation der deutschen Bereitschaftspolizei zu  
einem Verstoß gegen den Versailles Vertrag zu stemmen, so  
richtete sich dieser Vorwurf tatsächlich gegen die Bothschafter-  
posten. Denn diese hatte bei der Neuorganisation der  
deutschen Polizei ihre Ausrüstung, Ausbildung und Unter-  
bringung genau vorgezeichnet. Und diese Vorschriften wer-  
den auch heute noch befolgt.

Zum Schluß erklärte Paul-Boncour noch, ein weiteres  
Ziel Frankreichs sei, „nicht überdoppelt zu werden“. Wenn  
Deutschland die Reichswehr behalten wolle, dann müsse es  
sich „den Versailles Verträge anpassen“.

### Ein Aufruf des Kanzlers

Stiftung für Opfer der Arbeit.  
Berlin, 5. Mai.  
Reichskanzler Adolf Hitler erläßt, wie die NSR mit-  
teilt folgenden Aufruf:  
Ein denkwürdiger Tag ist vorüber. Der erste Feiertag  
der nationalen Arbeit. An übermäßigenden, noch nie da-  
gemienen Kundgebungen, hat sich das deutsche Volk zur  
Ehrung der deutschen Arbeit und des deutschen Arbeiter-  
tums bekant. Ueber ganz Deutschland hin hat dieses wun-  
derbare Befenntnis in tausendfachen Demonstrationen er-  
greifenden Ausdruck gefunden. Aber dieser historische Tag  
darf nicht vorbegehen, ohne daß der elementare Gefühls-  
ausbruch des Volkes auch einen bleibenden Ausdruck findet,  
und ohne daß dieses ideale Befenntnis auch seinen materi-  
ellen Niederschlag in einer Leistung der Dankbarkeit findet.  
Sieben deutsche Bergarbeiter, Angehörige des Arbeit-  
terlandes, dem das Los der härtesten Arbeit zugefallen ist,  
sind am Vorabend des 1. Mai einem furchtbaren Unglück  
zum Opfer gefallen und auf dem Felde der Arbeit gelie-  
ben. Witwen und Waisen sind ihrer Ernährer beraubt  
worden. Der Tod dieser Helden soll der ganzen Nation  
der Anlaß sein, eine Stiftung zu errichten, aus der von  
jetzt an allen Soldaten der Arbeit, die auf dem Felde des  
Kampfes um das tägliche Brot fallen, die ausreichende  
Verjorgung ihrer Familien gewährleistet wird.  
Es darf nicht mehr vorkommen, daß in Zukunft solche  
Opfer der Arbeit auf die knappen Leistungen der öffent-  
lichen Fürjorge angewiesen sind. Es ist vielmehr eine  
Ehrenpflicht aller Deutschen, insbesondere aber der Begü-  
terten unter ihnen, hier ihr Bestes und Möglichstes zu tun.

Ich ruhe hiermit zur Errichtung einer Stiftung für die  
Opfer der Arbeit auf. Aus ihr sollen in Zukunft die Hinter-  
bliebenen aller deutscher Arbeiter, die in ihrem Beruf töd-  
lich verunglückt sind, unterstützt werden. Diese Stiftung kann  
nicht groß genug sein. Sie muß ein sichtbares Symbol  
der Ehrfurcht des deutschen Volkes vor der nationalen Arbeit  
und ein Denkmal der unzertrennbaren Gemeinschaft aller  
Klassen und Stände untereinander werden.  
Spenden für diese Stiftung können auf das Konto:  
„Stiftung für Opfer der Arbeit bei der Reichsarbeitge-  
sellschaft, Berlin, W 8, Rontonnummer 3 b 49, eingezahlt werden.“

### Bedingungslos dem Kanzler unterstellt

Berlin, 5. Mai.  
Die großen und kleinen Verbände der Angestellten und  
Arbeiter haben sich bedingungslos und vorbehaltlos der  
Führung Adolf Hitlers unterstellt. Etwa 8 Millionen orga-  
nisierter Merkflägliger haben sich damit dem neuen Deutsch-  
land eingeschrieben und sind gemäß dem Marschtritt der na-  
tionalsozialistischen Revolution zu folgen.  
Heute wird dem Reichskanzler von dem Leiter des  
Aktionsaufschlusses, Dr. Ley, die offizielle Meldung erstattet.

### DSB in der Arbeiterfront

Berlin, 5. Mai.  
Wie die Pressestelle des Aktionskomitees zum Schutze  
der deutschen Arbeit mitteilt, hat nach ausgiebiger freun-  
dschaftlicher Aussprache zwischen dem Leiter des Aktions-  
komitees zum Schutze der deutschen Arbeit, Pg. Dr. Robert  
Ley, und dem Verbandsvorsitzenden des Deutschnationalen  
Handlungsgehilfensverbandes, Pg. Mitkow, der DSB, sich  
bereit erklärt, am Aufbau der Arbeiterfront mitzuarbeiten.

### Gleichhaltung sportlicher Verbände

Berlin, 5. Mai.  
Ueberall im Reiche sind Bestrebungen im Gange, die  
sportlichen Einrichtungen, insbesondere die einzelnen  
Spitzenverbände gleichzuschalten. Zur Gewährleistung un-  
bedingter Gleichmäßigkeit erluhrt der Reichsinnenminister,  
feinerlei Einzelunternehmungen irgendwelcher Art ohne aus-  
drückliche Zustimmung des Reichsportkommissars vorzuneh-  
men. Es sind vielmehr die von dem Herrn Reichsport-  
kommissar demnachst zu treffenden Maßnahmen und die Ver-  
öffentlichung seiner Richtlinien abzuwarten.

Selbst notwendige Umformungen interner verbandli-  
cher Natur dürfen nur vorläufigen Charakter tragen, und  
auf keinen Fall darf das Eigenleben der sportlichen Vereine  
und Verbände irgendwie berührt werden.  
Ueber jede bereits im Sinne der Gleichhaltung vorge-  
nommene wesentliche Veränderung ist dem Herrn Reichs-  
sportkommissar unverzüglich zu berichten.

**Die „Tägliche Rundschau“ verboten.**  
Wie das Geheimnis Staatspolizeiamt mitteilt, ist auf  
Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze  
des deutschen Volkes die in Berlin erscheinende Tageszei-  
tung „Tägliche Rundschau“ mit sofortiger Wirkung bis zum  
31. Mai 1933 einrichtiglich verboten worden.

### Arbeitsdienstplicht ab 1. Januar

Staatssekretär hier über die Neuregelung.  
Der Staatssekretär für den Arbeitsdienst, Ober-  
st hier, gab einem Vertreter der „Kreuz-Zeitung“ Aus-  
kunft über den Umbau des Freiwilligen Arbeitsdienstes in  
die Arbeitsdienstplicht.  
Der Staatssekretär kündigte an, daß die Arbeitsdienst-  
pflicht mit dem 1. Januar 1934 einlehen soll, und zwar  
werde der Jahrgang herangezogen werden, der im Jahre  
1934 das 19. Lebensjahr beendet. Es werde  
im ersten Jahr noch nicht möglich sein, den ganzen Jah-  
gang auf einmal einzuziehen, vielmehr wird man den be-  
treffenden Jahrgang in zwei Hälften teilen und für je ein  
halbes Jahr einzuziehen müssen. Das Arbeitsdienstheer werde  
voraussichtlich 350 000 Mann umfassen.

Ganz besondere Aufmerksamkeit müsse selbstverständlich  
der Auslese des Führermaterials zugewendet werden. Die  
Stammkräfte würden aus den Reihen der bisherigen Lager-  
führer entnommen werden. Später werde genau wie im  
alten Heer das Führerkorps von unten herauf aus den  
Reihen der Arbeitsdienstpflüchtigen herangezogen werden.  
Wesentlich sei, daß die richtige Geist in das künftige Füh-  
rerkorps hineinkomme, es müsse eine glückliche Mischung aus  
Soldatenmüt, Arbeitermüt und Jugend darstellen, dann  
werde es auch die Aufgabe richtig erfüllen. Auf die Frage,  
ob genügend Arbeitsprojekte für die Arbeitsdienstpflüchtigen  
vorhanden seien, erklärte Staatssekretär hier: „Arbeiten  
dieser Art gibt es in ausreichender Menge.“

Allein für Bodenverbesserungsarbeiten können auf  
mindestens 10 Jahre 800 000 bis 900 000 Mann eingezöht  
werden. Auch bei den großen Arbeitsbeschaffungsplänen der  
Reichsregierung ist die Heranziehung der Arbeitswilligen  
in Aussicht genommen, ohne daß dadurch angehösig des ge-  
waltigen Umfangs der Arbeiten dem Handwerker- und Un-  
ternehmertum und den bei ihnen beschäftigten Arbeitern Er-  
werbsmöglichkeiten geschmälert werden. Es ist unbedingt  
notwendig, daß nunmehr eine amtliche Stelle geschaffen  
wird, die die gesamte Arbeitsbeschaffung für den staatlichen  
Arbeitsdienst einheitlich in die Hand nimmt. Finanzlaste  
Schwierigkeiten dürfen kein Hindernis für die Durchfüh-  
rung staatspolitischer notwendiger Aufgaben sein.

In einer weiteren Unterredung mit einem Vertreter  
des „Böltischen Beobachters“ ergänzte Staatssekretär hier  
diese Ausführungen noch im einzelnen. Er betonte vor  
allem, daß es keine Ausnahmen von der Arbeitsdienstpflücht  
geben werde.  
Jeder Deutsche könne erst nach Abjohlierung seines  
Dienstjahres in den vollen Genuß seiner staatsbürger-  
lichen Rechte kommen.

Gerade der Führer vertrete auch ganz scharf diese Anschau-  
ung. Nach der Arbeitsdienstpflücht müsse dann eigentlich  
noch die militärische Arbeitsdienstpflücht kommen, und erst,  
wenn der Deutsche diese doppelte Schule durchgemacht hat,  
sollte er als Staatsbürger anerkannt werden und nach lei-  
ner Anschauung auch dann erst die Erlaubnis zur Ehe-  
schließung bekommen.

### Nutzen für die Wirtschaft

Berlin, 5. Mai.  
Im Reichsarbeitsministerium fand eine Besprechung  
statt, die das im Aufbau befindliche „Wirtschaftsamt für den  
Arbeitsdienst“ einberufen hatte. Gegenstand der Bespre-  
chung an der die Vertreter der hieran interessierten Ver-  
bände der Industrie und des Handwerks teilnahmen, war  
die Frage der künftigen Beschaffungsorganisation für die  
Tuchbeschleibung der Arbeitsdienstpflüchtigen. Die Sitzung  
wurde durch den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des  
Staatssekretärs für den Arbeitsdienst beauftragten Oberst  
a. D. Hierl mit einer Ansprache eröffnet, in der er u. a.  
darauf hinwies,  
daß die Wirtschaft nicht unerhebliche Vorteile durch die  
Aufträge für den Arbeitsdienst haben würde.

Am Stelle der vielen verschiedenen bisherigen Uniformen  
und Trachten trete die staatliche Arbeitsdienstracht, die in  
steigenden Ziffern in Auftrag gegeben werden würde. Her-  
absetzungs für allgrößte Sparanktheit notwendig. Eines sei  
von vornherein sehr scharf zu betonen: mit den bösen Ge-  
spinnigkeiten der Nachkriegszeit werde Rücksichtslos ge-  
brochen werden. Rücksichtslos werde jeder Beamte ohne An-  
spruch auf Gehalt und Verjorgung entfernt werden, der  
sich das geringste in Hinsicht auf Korruption zuschulden  
kommen lasse.

Gerecht werde vom Wirtschaftsamt die Verteilung  
der Aufträge gehandhabt werden. Unternehmer, Hand-  
werker und Arbeiter sollten von der Beschaffung gleich-  
berechtigt Vorteile haben.

Nach dem Staatssekretär legte Dr. Schmeidler, den  
fürzlich ernannte Leiter des Wirtschaftsamtes, den Organi-  
sationsaufbau des Beschaffungswesens dar und betonte den  
unbedingten Willen zu sachlicher und strenger Handhabung  
dieses Aufbaues.